

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 10

Ausgegeben am 7. Dezember 1917

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Die Reform des preussischen Wahlrechts.

Von Paul Hirsch.

I.

Die Anerkennung des Grundsatzes, der oftmals für die Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlsystems geltend gemacht worden ist, daß die politischen Rechte im Staate nach den Leistungen für den Staat bemessen werden sollen, führt, wie es in der Begründung des neuen Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Wahlen zum Hause der Abgeordneten heißt, im gegenwärtigen Zeitpunkt mit Notwendigkeit zur Einführung des gleichen Wahlrechts:

»Die Jahre dieses Krieges haben von jedem Staatsbürger Leistungen gefordert, denen gegenüber quantitativ wie qualitativ jeder Versuch der Abstufung, der unterschiedlichen Bewertung, versagen muß. Die Härten des Wirtschaftskrieges haben die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme getroffen, der Lebenshaltung eines jeden so fühlbare Opfer und Entbehrungen auferlegt, daß die Steuerzahlungen sowohl an objektivem Wert für den Staat wie auch an subjektivem Wert für die individuelle Leistung gegenüber den Lasten und Leistungen gerade auf wirtschaftlichem Gebiet zurücktreten. Staat und Reich haben zur Kriegszeit reißlos die Kraft und den Willen jedes einzelnen für die öffentlichen, die vaterländischen Zwecke ohne Unterschied und ohne Rücksicht auf physische und wirtschaftliche Beeinträchtigungen in Anspruch nehmen müssen. Der öffentliche Wert dieser allgemeinen Arbeitsleistungen und Opfer gestattet überhaupt keinerlei urteilende Bemessung. Hoch darüber stehen, jedem Maße entrückt, die Verluste kostbaren Menschenlebens, die unterschiedslos unheilbares Leid auf arm und reich gelegt haben. Das dem Vaterland geflossene Blut, diese letzte und höchste Leistung, die der Staat vom Bürger fordert, ist größten, unmeßbaren Wertes. Die preussischen Männer, die es auf dem Felde der Ehre vergossen, haben Zeugnis abgelegt dafür, daß die dem Staat gebrachten Opfer aller Bürger eines gleichen Wertes sind, daß der Staat auf den Unterschied öffentlicher Geldleistungen künftig Abstufungen der politischen Rechte nicht mehr gründen kann. Der gute preussische Grundsatz, daß die Leistung für den Staat den Rechten im Staat das Maß setzen soll, tritt heute dem gleichen Wahlrecht zur Seite.«

Treffendere Gründe, als sie hier von der Regierung selbst beigebracht werden, sind kaum jemals von Anhängern des gleichen Wahlrechts ins Feld geführt worden, und selbst wenn der Entwurf niemals Gesetzeskraft erlangen sollte, wird seine Begründung ein geschichtliches Dokument von unschätzbbarer Bedeutung sein, ein Dokument, das in mehr als einer Hinsicht an das Edikt Friedrich Wilhelms III. vom 22. Mai 1815 erinnert. Wie jenes Edikt von einem Pfande des königlichen Vertrauens spricht, das der

preussischen Nation durch die Verfassung gegeben werden solle, so ist in den Motiven der Wahlrechtsvorlage vom Jahre 1917 die Rede von einem »Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erwiesen hat«.

Aber so sehr auch diese beiden Aktenstücke, das Edikt vom 22. Mai 1815 und die Begründung der Wahlrechtsvorlage vom Jahre 1917, sich gleichen mögen, so ist doch auf der anderen Seite zwischen der politischen Einsicht und Erfahrung des Volkes, an das sie sich richten, ein gewaltiger Unterschied. Die Kämpfer der Freiheitskriege waren eben erst von Untertanen zu Staatsbürgern geworden, der Staat, für dessen Erhaltung sie kämpften, war trotz der Stein-Gardenberg'schen Reformen noch immer der absolute Polizeistaat. Die Kämpfer von 1917 dagegen sind durch die Schule des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrechts gegangen, sie haben sich eine Vorstellung machen können von dem Parlament des allgemeinen Wahlrechts auf der einen und dem des Dreiklassenwahlrechts auf der anderen Seite. Sie haben lebhaft Anteil genommen an der Gesetzgebung und Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde, und sie haben Jahrzehnte hindurch vergebens um die Erweiterung ihrer Rechte gerungen. Das preussische Volk vor hundert Jahren konnte man ein Menschenalter hindurch mit Versprechungen hinhalten, das preussische Volk von heute, dem selbst die Regierung die Reife zugesieht, kann und wird sich mit Versprechungen nicht abspelsen lassen.

Darin liegt die hohe politische Bedeutung der Wahlrechtsreform, eine Bedeutung, die sich nicht auf das Inland beschränkt, sondern die sich weit darüber hinaus auch auf die Neutralen und auf die feindlichen Staaten erstreckt. Gewiß verbleiben wir den Regierungen anderer Länder, sich in unsere innerpolitischen Angelegenheiten einzumischen. Wir glauben auch nicht, daß eine Demokratisierung Preußens oder Deutschlands die Feinde dem Frieden geneigter machen könnte. Aber auf der anderen Seite verkennen wir nicht, daß es bei den feindlichen Regierungen geradezu ein Gefühl der Schadenfreude auslösen müßte, wenn es den Wahlrechtsfeinden gelingen sollte, auch diesmal wieder die Reform zu Fall zu bringen. Sie könnten mit Recht höhnen über die Regierung, die sich nach wie vor beherrschen ließe von der Klasse, die in erster Linie die Verantwortung dafür trägt, daß wir so wenig Freunde in der Welt haben!

Handelte es sich bei dem letzten Reformversuch vom Jahre 1910 noch um eine rein preussische, allenfalls um eine deutsche Angelegenheit, so steht diesmal das Ansehen Preußens und Deutschlands vor dem neutralen Ausland und vor den mit uns im Kriege befindlichen Ländern auf dem Spiel. An dieser Tatsache kann und darf der Landtag nicht vorübergehen, er muß, ob er will oder nicht, das gleiche Wahlrecht beschließen, wenn anders er nicht die Regierung vor der ganzen Welt bloßstellen will. Denn die Regierung hat sich auf das gleiche Wahlrecht festgelegt, festgelegt in einer Weise, daß es ein Zurück für sie nicht mehr gibt. War in allen Kundgebungen vor dem Kriege stets nur von einer organischen Fortentwicklung des Dreiklassenwahlrechts unter gerechterer und harmonischerer Abstufung des Stimmrechts die Rede, war in der Thronrede vom 15. Dezember 1915 nur in allgemeinen Wendungen hingewiesen auf den Geist gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, der unsere öffentlichen Einrich-

tungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden werde in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften, so erklärt die preussische Regierung heute rundheraus, daß, selbst wenn die frühere Wahlrechtsreform zustande gekommen wäre, doch die Einführung des gleichen Wahlrechts notwendig geworden sein würde.

Mit Recht sagt sie, daß alle früheren Versuche und Entwürfe der Reform des preussischen Wahlrechts außer ursächlichem Zusammenhang mit diesem Wahlgesetz stehen und füglich weder zu dessen Begründung noch zu seiner Ansehung herangezogen werden können:

»Die Einführung des gleichen Wahlrechts folgt nicht aus der Geschichte der preussischen Wahlrechtsbewegung, nicht aus den früheren gesetzgeberischen Vorgängen, sondern aus den völlig gewandelten Voraussetzungen, die dieser Weltkrieg geschaffen hat. Die Gründe, die in den vergangenen Friedensjahren von der Staatsregierung und großen Parteien gegen das gleiche Wahlrecht geltend gemacht worden sind, sind durch die Lehren und Erfahrungen des Krieges überholt.«

Mit diesen Worten hat die preussische Regierung schonungslos das Dreiklassenwahlsystem preisgegeben. Demgegenüber will es wenig besagen, daß der Gesetzentwurf die Anhänger eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in vieler Beziehung nicht befriedigt. Über das sind Einzelheiten, die in der Tagespresse genügend besprochen sind und auf die einzugehen deshalb an dieser Stelle sich erübrigt. Worauf es ankommt, das ist der Grundsatz, und der Grundsatz des gleichen Wahlrechts ist von der Regierung unzweideutig anerkannt worden.

Allerdings ist von dieser theoretischen Erkenntnis bis zur praktischen Verwirklichung des Grundsatzes noch ein weiter Weg, denn auch nach unveränderter Annahme der Vorlage würde die Gleichheit der Wähler so lange nur auf dem Papier stehen, wie nicht Hand in Hand mit der Reform des Wahlrechts eine Neueinteilung der Wahlkreise einhergeht. Davon aber will die Regierung nichts wissen, sie will es bei der auf Grundlage des Gesetzes vom 27. Juni 1860 beruhenden Wahlkreiseinteilung, der die Volkszählung vom Jahre 1858 zugrunde liegt, belassen, unbekümmert darum, daß in diesen sechzig Jahren Preußen sich mehr und mehr aus einem reinen Agrarstaat in einen Industriestaat verwandelt hat. Die noch bestehenden Ungleichheiten, meint sie, sind nicht so erheblich, daß es zu ihrer Beseitigung einer völligen Neueinteilung der Wahlbezirke bedürfte, und sie fügt hinzu, daß einer solchen auch ernste grundsätzliche Bedenken gegenüberstehen. Wir können diese Bedenken nicht gelten lassen. Glaubt die Regierung wirklich im Ernst, daß die Zerreißung von Wahlbezirken in weiten Kreisen der Bevölkerung schmerzlich empfunden würde? Schmerzlich empfunden doch höchstens von denen, die dadurch ihrer bisherigen Vorrechte verlustig gehen würden. Der wahre Grund, warum die Regierung vor einer Neueinteilung der Wahlkreise zurückschreckt, ist die Rücksicht auf das flache Land. Indirekt gibt sie das selbst zu, indem sie schreibt, der reine Bevölkerungsmaßstab würde der besonderen Bedeutung des flachen Landes nicht gerecht werden.

Was sie sonst noch gegen die Neueinteilung der Wahlkreise ins Feld führt, spricht unseres Erachtens nicht dagegen, sondern dafür. Gewiß hat in den seit der letzten allgemeinen Volkszählung verflossenen sieben Jahren eine

gewaltige Verschiebung der Bevölkerung stattgefunden, gewiß hat die Kriegsindustrie Menschenmassen in zum Teil vorher schwach bevölkerte Gegenden zusammengedrängt, die Stilllegung anderer Industriezweige dagegen dichtbewohnte Gegenden entvölkert, aber selbst wenn diese Veränderungen nach dem Kriege bis zu einem gewissen Grade noch fortwirken sollten, so könnte es sich dabei doch höchstens um einen vorübergehenden Zustand handeln. Nach wenigen Jahren schon wird ein gewisser Abschluß erreicht, eine Art Ausgleichung hergestellt sein, und die weitere Entwicklung wird zu einer immer größeren Entrechtung der Bevölkerung der großen Industriezentren führen.

Nehmen wir die Statistik zur Hand! Nach der Volkszählung vom Jahre 1858 kam auf rund 50 000 Seelen ein Abgeordneter. Inzwischen hat sich die Bevölkerung so vermehrt, daß nach der letzten Volkszählung erst auf 92 760 Seelen ein Abgeordneter entfallen würde. Wir haben aber namentlich im Osten zahlreiche Kreise, in denen diese Seelenzahl auch nicht entfernt erreicht wird, so Memel-Hepdekrug mit 52 600, Labiau-Wehlau mit 49 100, Heiligenbeil-Preußisch-Eylau mit 46 000, Preußisch-Holland-Mohrunen mit 44 600, Ragnit-Pillkallen mit 50 400, Stuhm-Marienwerder mit 52 500, Westprieignitz-Ostprieignitz mit 49 800, Arnswalde-Friedeberg mit 47 200, Königsberg (Neumark) mit 47 200, Weststernberg-Oststernberg mit 44 100 Einwohnern auf einen Abgeordneten. Umgekehrt schwankt in den 12 Berliner Wahlkreisen, die nur durch je einen Abgeordneten vertreten sind, die Seelenzahl zwischen 114 600 (in Berlin III) und 234 400 (in Berlin X), in dem sozialdemokratisch vertretenen Wahlkreis Berlin-Schöneberg-Neukölln kommt erst auf 410 100, in Charlottenburg mit einem fortschrittlichen Abgeordneten auf 306 000, in Teltow-Beeskow-Storkow-Wilmersdorf, einem Kreis, der bei den letzten Wahlen einen Fortschrittler und einen Nationalliberalen entsandte, auf 299 200 Einwohner ein Abgeordneter — und noch größer ist die Zahl in einigen Kreisen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks.

Diese schreiende Ungerechtigkeit wird nicht dadurch beseitigt, daß, wie die Regierungsvorlage vorschlägt, dann, wenn die Zahl der auf eine Abgeordnetenstelle eines Wahlbezirks entfallenden Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 250 000 beträgt, bei der nächsten allgemeinen Wahl für jede weiteren angefangenen 250 000 Einwohner je ein neuer Abgeordneter hinzukommt. Allerdings würden dann zunächst die 12 Kreise Teltow-Beeskow-Storkow-Wilmersdorf, Charlottenburg, Schöneberg-Neukölln, Tarnowitz-Beuthen, Rattowitz-Sindenburg, Kiel-Neumünster, Bochum-Herne, Gelsenkirchen, Köln-Stadt, Duisburg-Oberhausen, Essen-Stadt, Dinslaken-Mülheim a. d. R. je einen Abgeordneten mehr erhalten, wodurch sich die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf 455 vermehren würde, aber selbst nach dieser Reform würde sich in den genannten Kreisen die Zahl der Seelen, auf die ein Abgeordneter entfällt, noch immer zwischen 137 000 (in Tarnowitz-Beuthen) und 223 000 (in Essen-Stadt) bewegen. Es ist eine völlige Neueinteilung der Wahlkreise auf Grundlage des Ergebnisses der jeweiligen letzten allgemeinen Volkszählung nötig.

II.

Wenden wir uns nun zu der zweiten Vorlage, dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Zusammensetzung des Herrenhauses. Zu-

nächst dürfte zum besseren Verständnis der geplanten Reform ein geschichtlicher Rückblick am Platze sein.

Die Erste Kammer in Preußen war ursprünglich ebenso wie die Zweite Kammer eine reine Wahlkammer. Die oktroyierte Verfassungsurkunde vom 5. Dezember 1848 sah eine aus 180 Mitgliedern bestehende, durch Wahlen gebildete Erste Kammer vor, und zwar sollten wahlberechtigt sein die Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertreter, die nach näherer Bestimmung des Wahlgesetzes die Wahlkörper bildeten und die nach der Bevölkerung auf die Wahlbezirke entfallende Zahl der Abgeordneten wählten. In dieser Weise konnte die Erste Kammer jedoch nicht zusammengesetzt werden, weil die nach Artikel 104 der Verfassungsurkunde geplante Neubildung der Provinzial-, Bezirks- und Kreisvertretungen noch nicht zustande gekommen war. Es erging deshalb unter dem 6. Dezember 1848 ein vorläufiges Wahlgesetz. Hiernach war Urwähler jeder Preuße, der das 30. Lebensjahr vollendet hatte, jährlich mindestens 8 Taler Klassensteuer zahlte oder einen Grundbesitz im Werte von 5000 Talern oder ein Jahreseinkommen von 500 Talern nachwies. Je 100 Urwähler wählten einen Wahlmann, die Wahlmänner nach Bezirken 2 oder 3 Abgeordnete. Wählbar zum Abgeordneten war jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet hatte und 5 Jahre dem preussischen Staatsverband angehörte. Nach diesem Gesetz wurde jedoch nur ein einziges Mal gewählt, es war das die Wahl der zur Revision der oktroyierten Verfassungsurkunde berufenen Kammer.

Bei der Revision beabsichtigten die Kammern, die Bildung der Ersten Kammer einem besonderen Verfassungsgesetz vorzubehalten. Dazu kam es jedoch nicht, man einigte sich vielmehr auf eine anderseitige Fassung der von der Bildung der Ersten Kammer handelnden Artikel 65 bis 68. Hiernach sollte die Erste Kammer ein Gemisch von erblichen, ernannten und gewählten Mitgliedern sein.

Nach Artikel 6 bestand sie aus:

- a. den großjährigen königlichen Prinzen;
- b. den Häufern der ehemals unmittelbaren reichsfürstlichen Häuser in Preußen und den Häufern derjenigen Familien, welchen durch königliche Verordnung das nach der Erstgeburt und Linealfolge zu vererbende Recht auf Sitz und Stimme in der Ersten Kammer beigelegt wird;
- c. solchen Mitgliedern, welche der König auf Lebenszeit ernannt. Ihre Zahl durfte den zehnten Teil der zu a und b genannten Mitglieder nicht übersteigen;
- d. neunzig Mitgliedern, welche in Wahlbezirken, die das Gesetz feststellt, durch die dreifache Zahl derjenigen Urwähler, welche die höchsten direkten Staatssteuern bezahlen, durch direkte Wahl nach Maßgabe des Gesetzes gewählt werden;
- e. dreißig nach Maßgabe des Gesetzes von den Gemeinderäten gewählten Mitgliedern aus den größeren Städten des Landes.

Die Gesamtzahl der unter a bis c genannten Mitglieder durfte die Zahl der unter d und e bezeichneten nicht übersteigen. Wählbar zu Mitgliedern der Ersten Kammer war nach Artikel 68 jeder Preuße, der das 40. Lebensjahr vollendet, den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte infolge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses nicht verloren und bereits fünf Jahre lang dem preussischen Staatsverband angehört hatte.

Als Termin für die Bildung der Ersten Kammer in dieser Weise sah der Artikel 66 den 7. August 1852 vor. Da aber bis dahin eine Verständigung

über den Wahlmodus für die zu wählenden Mitglieder nicht erzielt war, erfolgte unter dem 4. August 1852 die Dekretierung der Verordnungen über die Bildung der Ersten Kammer, wodurch die nach Artikel 65d und e der Verfassungsurkunde erforderlichen Bestimmungen vorläufig für die Dauer eines Jahres erlassen wurden.

Das Gesetz vom 7. Mai 1853 betreffend die Bildung der Ersten Kammer räumte dann auch mit den Resten einer Wahlkammer auf. Nach Artikel 1 dieses Gesetzes sollte die Erste Kammer aus Mitgliedern zusammengesetzt sein, die der König mit erblicher Berechtigung oder auf Lebenszeit berief, und nach Artikel 2 traten mit Verkündung dieser königlichen Anordnung die Artikel 65 bis 68 der Verfassungsurkunde außer Kraft und der Artikel 1 dieses Gesetzes an deren Stelle.

Auf Grund des Gesetzes vom 7. Mai 1853 erging darauf die noch jetzt — es bleibe ununtersucht, ob zu Recht oder zu Unrecht — bestehende königliche Verordnung vom 12. Oktober 1854 wegen Bildung der Ersten Kammer. Hiernach besteht die Erste Kammer (durch Gesetz vom 30. Mai 1855 Herrenhaus genannt), abgesehen von den königlichen Prinzen, aus erblichen und lebenslänglichen Mitgliedern. Erbliche Mitglieder sind das Haupt der fürstlichen Familie Hohenzollern, die nach der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 zur Standtschaft berechtigten Häupter der vormaligen deutschen reichsständischen Häuser in Preußen, die übrigen nach der Verordnung vom 3. Februar 1847 zur Herrenkurie des Vereinigten Landtags berufenen Fürsten, Grafen und Herren und endlich diejenigen Personen, denen das erbliche Recht auf Sitz und Stimme im Herrenhaus vom König durch besondere Verordnung verliehen wird. Als lebenslängliche Mitglieder werden berufen: a. diejenigen Personen, die dem König in Gemäßheit der Verordnung präsentiert werden, b. die Inhaber der vier großen Landesämter im Königreich Preußen — nicht etwa in dem jetzigen Königreich Preußen, sondern des »Königreichs Preußen in seiner geschichtlichen Bedeutung«, c. einzelne Personen, die der König aus besonderem Vertrauen ausersieht. Das Präsentationsrecht steht zu: 1. den nach der Verordnung vom 3. Februar 1847 zur Herrenkurie des Vereinigten Landtags berufenen Stiftern, das heißt den Domstiftern zu Brandenburg a. d. H., Merseburg und Raumburg a. d. S., 2. dem für jede Provinz zu bildenden Verband der darin mit Rittergütern angefahrenen Grafen für je einen zu präsentierenden, 3. den Verbänden der durch ausgebreiteten Familienbesitz ausgezeichneten Geschlechter, die der König mit diesem Recht begnadet, 4. den Verbänden des alten und des befestigten Grundbesitzes, 5. einer jeden Landesuniversität, 6. denjenigen Städten, welchen der König dies Recht besonders beilegt. Es sind das zurzeit 51 Städte.

Nach dem letzten Bericht der Matrikelkommission hatten Berechtigung auf Sitz und Stimme im Herrenhaus — die königlichen Prinzen nicht gerechnet:

a. das Haupt der fürstlichen Familie von Hohenzollern	1
b. die ehemaligen reichsständischen Herzöge, Fürsten und Grafen	22
c. die zur Herrenkurie des Vereinigten Landtags berufenen gewesenen Herzöge, Fürsten, Prinzen, Grafen und Standesherrn	51
d. die Herzöge, Fürsten, Grafen und Barone, denen das erbliche Recht besonders verliehen ist	43

Zusammen erbliche Berechtigungen 117

e. die Inhaber der vier großen Landesämter in Preußen	4
f. aus besonderem allerhöchstem Vertrauen berufen	106
g. die Vertreter der Domkapitel zu Brandenburg, Merseburg und Naumburg	3
h. die Vertreter der Provinzialverbände der Grafen	8
i. die Vertreter von Familienverbänden	18
k. die Vertreter der Verbände des alten und befestigten Grundbesitzes	90
l. die Vertreter der Landesuniversitäten	10
m. die Vertreter von Städten	51

Zusammen 407

Diese so zusammengesetzte Erste Kammer soll nun modernisiert, das heißt, um mit der Regierung zu reden, zu einem Spiegelbild derjenigen Faktoren gestaltet werden, auf denen Entwicklung und Bedeutung des Landes beruht. Wie die Regierung sich diese Modernisierung des Herrenhauses denkt, soll in einem zweiten Artikel dargelegt werden.

Warenpreise und Arbeiterlöhne.

Von H. Ellinger.

Je länger der Krieg dauert, desto augenfälliger wird für immer größere Volksmassen die Tatsache, daß eben diese Volksmassen — Arbeiter, Angestellte, Beamte, Handwerker usw. — die Kosten des Krieges zu tragen haben und zum Teil bis zur Ver lumpung verarmen, während gleichzeitig andere Volkskreise aus dem Kriege großen Nutzen ziehen und ihr Einkommen und Vermögen gewaltig steigern. Und zwar sind es nicht nur die großen Kriegslieferanten und Industriebesitzer, die aus dem Staat und den Volksmassen während des Krieges Millionen über Millionen herausholen, sondern auch für einen Teil des Handels und für die Landwirtschaft ist der Krieg sehr lohnend geworden. Dafür sind die riesigen Summen, die von diesen Kreisen während des Krieges auf Kriegsanleihen gezeichnet worden sind, sowie die auf diesem Gebiet alles bisher Dagewesene in den Schatten stellenden Einzahlungen bei den ländlichen Sparkassen, die Tilgung ländlicher Hypotheken usw. der beste Beweis.

Es fällt uns gar nicht ein, etwa zu behaupten, daß die Ansammlung ungeheurer Vermögen in einzelnen Händen nur auf die Profitgier der glücklichen Besitzer dieser Vermögen zurückzuführen, daß sie allein die Frucht einer schamlosen Auswucherung oder des Betrugs sei. In einzelnen Fällen mag das zutreffen, aber im allgemeinen ergibt sich diese Entwicklung ganz natürlich aus dem Wesen des Kapitalismus und der heutigen Eigentumsordnung sowie aus der Abgeschlossenheit und der finanziellen Lage unseres Landes. Sie beruht darauf, daß ein Teil unseres Volkes die für die Volksgesamtheit notwendigen Produktionsmittel in Händen hat, ein anderer Teil des Volkes über den Grund und Boden verfügt, der die Gesamtheit ernähren soll, daß dieser Boden augenblicklich nicht so viel hervorbringt, wie wir brauchen, um nach alter Gewohnheit leben zu können, und daß wir infolge unserer Abgeschlossenheit vom Weltmarkt unseren Bedarf auch aus dem Ausland nicht genügend ergänzen können. Alles das zusammen liefert die Nichtbesitzenden in viel höherem Maße den Besitzenden aus, macht sie in viel höherem Maße diesen tributpflichtig, als dies in normalen Zeiten der Fall war.